



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Annette Karl, Diana Stachowitz, Ruth Müller, Martina Fehlner, Michael Busch, Christian Flisek** und **Fraktion (SPD)**

US-Strafzölle auf EU-Waren: Auswirkungen auf Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen sowie dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung schriftlich wie mündlich zu berichten, welche Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft und die Beschäftigungssituation im Freistaat die aktuelle Ankündigung von US-Präsident Trump hat, weitere Zölle auf Waren zu erheben, die auch in Bayern hergestellt, teilproduziert oder vom Freistaat aus in die USA exportiert werden. Der Bericht soll auch die in den letzten Jahren erhöhten US-Zölle bspw. auf Stahl und Aluminium umfassen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf internationaler Ebene in geeigneter Weise den angekündigten Handelsbeschränkungen mit dem Ziel entgegenzutreten, diese zu verhindern oder schnellstmöglich rückgängig zu machen. Eine Eskalation des Handelsstreits und eine drohende Zollspirale sind unter Wahrung bayerischer Beschäftigungsinteressen zu vermeiden.

Der Landtag bekennt sich zu den transatlantischen Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Er lehnt Protektionismus ebenso ab wie politische Versuche, mit einseitigen Maßnahmen Handelskonflikte zu provozieren, die den wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen auf Dauer absehbar mehr schaden als nützen. Ein fairer und offener Freihandel schafft Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks.

Begründung:

Ab 18.10.2019 will der amerikanische Präsident Donald Trump Strafzölle in Milliardenhöhe auf Importe aus Europa verhängen. Die Zölle sollen demnach vor allem Produkte der Länder betreffen, die beim Flugzeugbauer Airbus wirtschaftlich engagiert sind: Deutschland, Frankreich, Spanien und Großbritannien. Betroffen sind demnach unter anderem Wein und Sekt sowie alkoholfreies Bier, Butter, Joghurt und Käse, auch Flugzeugteile, Werkzeuge, Keramik- und Glaswaren sowie Kameralinsen finden sich auf den veröffentlichten Listen.

EU-Kommissarin für Handel Cecilia Malmström hat die von den Vereinigten Staaten geplante Verhängung von Strafzöllen als „kurzsichtig und kontraproduktiv“ kritisiert.

Die USA sind seit Jahren der wichtigste Ausfuhrhandelspartner Bayerns. Bayern hat im 1. Halbjahr 2019 Waren im Wert von 10,7 Mrd. Euro in die USA ausgeführt, so viel wie in kein anderes Land.